

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/67

Bonn, den 6. April 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:  
-----

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	Neuer deutscher Nationalismus ? ----- Besorgnisse unserer Freunde	54
2	Der "Fall Antonius" ----- Geist der Rebellion in der Bischofsstadt Münster Von Dr. Heinz Kornetski	48
3 - 4	Wohnungsmarkt bleibt fragwürdig ----- Eine kritische Analyse Von Klaus Rusticus	99

+ + +

SELBSTBESTIMMUNG UND BINGLIEDERUNG bringt heute:

Plädoyer für das Recht auf die Heimat  
Was Aussiedler berichten  
Konferenz der Landesflüchtlingsverwaltungen  
SINGL wird es schwer gemacht  
8 000 Studenten an den Breslauer Hochschulen  
Polnische Aktivitäten in den "Westgebieten"  
Franz MARSZALEX ausgezeichnet

+ + +

## Neuer deutscher Nationalismus ? - Besorgnisse unserer Freunde

---

Der - Die Zersetzungserscheinungen in der Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft gehen schneller vonstatten, als es die schwärzesten Pessimisten befürchteten. Der französische Staatschef bestimmt zunächst das Gesetz des Handelns, er hält die NATO-Partner unter Druck und zwingt sie, Ausschau zu halten nach neuen Standorten für die in Frankreich stationierten militärischen Hauptquartiere der NATO, denen gekündigt wurde. Sie sind auf französischem Boden unerwünscht. Die Umsiedlung und Neuformierung des militärischen Führungsstabes ist ein kostspieliges Unternehmen; so wurde der Betrag von zehn Milliarden DM genannt. Diese Riesensumme wird gewiß von den NATO-Partnern noch zu verkraften sein. Weitaus größer und unberechenbarer sind die politischen und psychologischen Schäden, die de Gaulles hohes Spiel schon innerhalb der Allianz angerichtet hat. Sie stehen in keinem Verhältnis zu den militärischen Kosten. Verwirrung und Unsicherheit nehmen zu, gepaart mit Ratlosigkeit und Befürchtungen um die Zukunft der Allianz. Niemand weiß so recht, welche Wege einzuschlagen sind, um wenigstens das zu retten, was noch zu retten ist.

Ein neues Element taucht in diesem Zusammenhang auf, die Furcht vor einem neuen deutschen Nationalismus. Noch sitzt den Völkern die Erinnerung an das, was durch einen pervertierten deutschen Nationalismus ihnen geschah, in den Knochen. Die Atlantische Verteidigungsgemeinschaft mit Einschluß der Bundesrepublik hat, was oft überschen wird, eine Doppelfunktion: die Abwehr der möglichen Gefahren aus dem Osten und die Einbettung des wirtschaftlichen, politischen und militärischen Potentials der Bundesrepublik in übergeordnete Zielsetzungen, um Sondertouren zu verhindern. Das eine und das andere bedingen einander, bricht es auseinander, öffnet sich der Weg zur Auflösung und zum Abgrund. In vielen Überlegungen unserer westlichen Freunde nimmt die Sorge um ein Wiedererwachen des deutschen Nationalismus einen beherrschenden Raum ein. Am klarsten haben ihr der dänische und der holländische Außenminister Ausdruck gegeben. Sie, und nicht nur sie, bewegt die Frage, was wohl geschehe, würden in der Bundesrepublik jene Kräfte die Oberhand gewinnen, die de Gaulles Beispiel befolgen und eine Nationalstaatspolitik im Stile des neunzehnten Jahrhunderts betreiben möchten - eine Politik, die der Welt die Tragödie zweier Weltkriege brachte und verkennt, was die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts an internationaler Zusammenarbeit und an Loyalität für die westliche Welt erfordert.

Die deutsche Politik steht vor der schwierigsten Aufgabe seit vielen Jahren. Die bisherigen Grundlagen ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind in Frage gestellt. Man hat nicht immer den Eindruck, die Regierung wisse, was sie wolle und was sie als notwendig erkennt. Die Möglichkeit, eines Tages zwischen allen Stühlen zu sitzen, ist nicht mehr abzuweisen. Wahrhaft verhängnisvoll wäre die Zuflucht zu Trotzaktionen, auch Wankelmüt ist kein guter Wegweiser. Wer mit Spanien und Portugal flirtet, um de Gaulle zu ärgern, verkennt die fatale Lage, in der wir stecken. Wer glaubt, aus der Suche nach einer Reform der NATO werde als wünschenswertes Ergebnis ein deutsch-amerikanisches Übergewicht in der Westallianz entstehen, betreibt Weltmachtpolitik im Taschenspielerformat. Die dann unausbleibliche Enttäuschung könnte die Geburtsstunde eines neuen deutschen Nationalismus sein.

Uns geziemt Offenheit und Aufrichtigkeit. Vor haben vor der Welt nichts zu verbergen, brauchen Hintertreppen nicht zu besteigen. Die Friedensnote war ein Schritt in der richtigen Richtung. Sie nun mit diplomatischer und politischer Aktivität zu erfüllen, daran muß sich deutsche Staatskunst erproben.

## Der "Fall Antonius"

---

### Geist der Rebellion in der Bischofsstadt Münster

Von Dr. Heinz Kornetzki

Die Bischofsstadt Münster hat einen "Fall Antonius". Einige junge Priester hatten sich zusammengetan und neues Leben in eine Gemeinde gebracht. Sie feierten in Münsters Antoniuskirche Gottesdienste im neuen Stil und predigten unkonventionell. Dabei übten sie unvorengekommen auch das, wozu das Konzil sie und die Gläubigen ausdrücklich aufgefordert hat: Selbstkritik. Sie sagten zum Beispiel, daß die Kirche an der Entfremdung zwischen ihr und der Arbeiterschaft weitgehend schuld sei und daß die Kirche erst rund fünfzig Jahre nach dem kommunistischen Manifest "aufgewacht" sei und sich in der ersten Sozialenzyklika der Arbeiter erinnert habe. Diese jungen Priester wollten nichts anderes als das Konzil praktizieren, d.h. selbstkritisch den Weg zu einem neuen Selbstverständnis und Selbstbewußtsein der Kirche weisen. Und sie hatten Erfolg. Die Kirche war vollbesetzt, die Gläubigen, vor allem junge Menschen, fühlten sich angesprochen und waren so begeistert, daß nach den Gottesdiensten die Predigten in einer Bierwirtschaft diskutiert wurden. Mit den Priestern.

Inzwischen ist den Geistlichen von vorgesetzter kirchlicher Behörde nahegelegt worden, die Gottesdienste nicht fortzusetzen. Die Laien, denen auf dem Konzil gesagt wurde, auch sie seien die Kirche, rührten sich. Sie protestierten. Sie sammelten mehrere hundert Unterschriften, schrieben an den Bischof und deckten die örtliche Presse mit Leserbriefen ein. "Sind die Ankündigungen des Konzils nur leere Versprechungen? Werden die aufgeschlossenen Katholiken in die Emigration gedrängt? Ist man gegen die jungen Geistlichen eingeschritten aus Angst vor der Mündigkeit des katholischen Fußvolks?" Solche Fragen stellten Hunderte von Katholiken in Münster. Sie wollen sich nicht gefallen lassen, daß man die von den Konzilsvätern in Rom vorexerzierte Freiheit in der Kirche als Häresie auslegt und daß von CDU-katholischer Seite den Priestern gar unterschoben wird, sie hätten von der Kanzel herab Wahlpropaganda für die SPD betrieben.

Inzwischen hat der Bischof von Münster erklärt, daß er die Gottesdienste in Münsters Antoniuskirche nicht verboten habe. Das Unbehagen der aufgeschlossenen Katholiken ist jedoch keineswegs abgebaut, denn die Antonius-Prediger gaben ihrerseits bekannt, daß der Paderborner Kardinal Jaeger, zu dessen Diözese zwei der jungen Theologen gehören, den Priestern "Schwierigkeiten" gemacht habe. In Paderborn habe man Anstoß genommen an der Gestaltung der Liturgie und den Predigten, heißt es.

Warum in Paderborn, warum nicht in Münster? "Wir haben den Eindruck, daß bewußt Dinge verwischt werden sollen," sagt ein Dozent der katholisch-pädagogischen Akademie in Münster in einem Interview mit einer Hamburger Wochenzeitung. Er nennt den "Fall Antonius" eine "Zumutung für den nachkonziliaren Katholiken". Die "Süddeutsche Zeitung" kommentiert die Vorgänge in Münster: "Der vielberufene Geist des Konzils - nun, war er etwa der Geist der Rebellion? Muß man also, wenn er sich jetzt da und dort dem Kirchenvolk mitteilt, geradezu Angst bekommen? In Münster - so schreibt das Blatt - sei es zu einem "imponierenden Engagement für die Freiheit" (nicht nur für die Freiheit der Kirche in der Welt, sondern ebenso für die Freiheit in der Kirche) gekommen. Eine Gemeinde habe sich vorgenommen, mit den Konzilsbeschlüssen ernst zu machen. Werde nicht auch dies - im Laienschema - von jedermann verlangt?"

## Wohnungsmarkt bleibt fragwürdig

Eine kritische Analyse

Von Klaus Rusticus

Von den 565 Landkreisen und kreisfreien Städten im Bundesgebiet sind heute 509 "weiß" und 56 "schwarz". Das Land Niedersachsen hat die meisten "schwarzen Kreise" (von 75 noch 19). Im Bundesgebiet sind nur noch ein Zehntel aller Kreise "schwarz", in Niedersachsen noch ein Viertel. Wollte man aus dieser Gegenüberstellung eine praxisnahe Analyse ziehen, dann wäre das ein gewagtes Unterfangen. Es sei denn, man wäre geneigt, Grundstückspreise und Mieten, vorhandene Wohnungen und gesuchte Wohneinheiten in statistische Zahlenskalen zu packen und somit den gleichen Theorien zu erliegen, die einmal von den Initiatoren der hektisch durchgepeitschten Gesetzgebung für den freien Wohnungsmarkt aufgemacht wurden. Die Wirklichkeit brächte es trotzdem an den Tag, daß der freie Wohnungsmarkt selbst heute noch seine oft sozial unwürdigen, menschlich fragwürdigen und sogar von der Grundgesetzgebung her fraprierenden Makel behalten hat.

### Ist der Mensch ein Handelsobjekt ?

Beispiele aus dem Leben widerlegen statistische Berechnungen.  
Eins davon aus Essen:

- \* Da mühte sich ein altes Rentnerpaar kurz vor dem 1. April ab,
- \* mit Hilfe eines guten Freundes die Dreizimmerwohnung in dem mit
- \* öffentlichen Mitteln vor gut zehn Jahren gebauten Hause auf
- \* Hochglanz zu bringen. Sie besorgten das unter Verzicht auf einen
- \* längeren Urlaub. Das dafür gespartes Geld setzten sie für die
- \* Renovierung ein. Und fast genau zur Stunde, da Wände, Türen und
- \* Fensterrahmen wieder blitzsauber waren, schickte der Hauswirt
- \* aus der ersten Etage die Kündigung in das von dem Rentnerpaar
- \* bewohnte zweite Stockwerk. Fast auf dem Tag genau hatte der Haus
- \* wirt die durch Bereitstellung öffentlicher Mittel bis dahin ge-
- \* bundene Renterwohnung einkalkuliert. Nun war sie "frei", und die
- \* alten Leute (die Frau vor 70, der Mann nahe 80) sollen gehen.

Fraglich, ob es in diesem Falle einen Schutz für die alten Leute gibt; der ihnen ein immerwährendes Mietrecht sicherte. Daran ist kaum zu denken, weil der Hauswirt auf lange Sicht im Recht ist. Ein wahrhaft trauriges Beispiel, das den Menschen zum Handelsobjekt stempelt und eines Rechtsstaates unwürdig ist.

### Wohnungssuche und Arbeitsplatzwechsel

Das Grundgesetz garantiert die freie Wahl des Arbeitsplatzes. Jeder kann auch seine Wohnung "frei" auswählen. Wird nicht aber der freie Arbeitsplatzwechsel zur Farce, wenn z.B. ein Bundesbürger aus Niedersachsen nach Nordrhein-Westfalen oder auch nur von Dorfe in die Stadt ziehen will?

Der durchschnittliche Quadratmeterpreis selbst in Großstädten wie Hannover, Kassel, Frankfurt oder München lag 1965 noch relativ günstig auf dem freien Wohnungsmarkt, aber das besagt in der Praxis nicht mehr und nicht weniger, als daß sich die Mehrzahl der Vermieter offensichtlich nicht veranlaßt sah, ihr oft jahrelanges Zusammenleben mit den Mietern durch Mietpreiswucher stören zu lassen. Das aber stört in zahlenmäßig kaum erfassbaren Fällen das natürliche Sozialprestige des einzelnen Bürgers, weil er es vorzieht, auch dann bei einem fairen

Hauswirt wohnen zu bleiben, wenn er sich eigentlich eine bessere oder schönere Wohnung leisten könnte. Die oftmals erklärte Furcht vor einem neuen Vermieter bremst mithin mögliche soziale Besserstellung.

Von einem durchschnittlich soliden Einpendeln des Mietpreises auf dem freien Wohnungsmarkt kann in Wahrheit keine Rede sein. Denn der Bundesbürger z.B., der von Niedersachsen nach Westdeutschland infolge eines beabsichtigten Arbeitsplatzwechsels ziehen muß, kann mit einer für ihn gültigen Mietkostensteigerung bis zu 100 Prozent rechnen. In einer kreisfreien niedersächsischen Stadt (über 100 000 Einwohner) bekommt man selbst heute noch eine Neubauwohnung zum Quadratmeterpreis um drei DM. In Düsseldorf, Essen oder sonstwo erhält er keine freie Wohnung zu einem Quadratmeterpreis, der zwischen fünf bis sechs DM liegt. Dazu wird noch fast immer eine Mietvorauszahlung verlangt, die von 3 000 DM aus nach oben klettert.

In Südwestdeutschland liegt der Quadratmeterpreis schon etwas unter dem heutigen "Durchschnitt" in Westdeutschland; zwischen Frankfurt und den Städten an Rhein und Ruhr dürfte es nur geringfügige Differenzen geben, und der Mietpreis in München wird auf dem freien Markt kaum von dem in Hamburg zu unterscheiden sein. Der u.U. langgeplante Arbeitsplatzwechsel scheitert mithin oft am Mietpreis, nicht etwa an der Wohnungssuche.

#### Wohnungsangebot muß größer werden

Hätte man vorher den warnenden Stimmen vor einem übereilt aus der Taufe zu heberden freien Wohnungsmarkt Gehör geschenkt, dann wären fraglos manche soziale Härtefälle und auch mancher Makel zu vermeiden gewesen. Gewarnt wurde vorher ausdrücklich davor, Bundesbürger zum Spielball des freien Marktes werden zu lassen, solange noch kein ausreichendes Wohnungsangebot vorhanden ist und mithin auch ein solides Einpendeln der Mieten durch Angebot und Nachfrage unmöglich ist.

Niedersachsen z.B. benötigt bis 1970 noch etwa 300 000 Wohnungen. Im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus dürften davon etwas mehr als 100 000 Wohneinheiten erstellt werden. Nach den statistischen Defizit-Berechnungen aber würden nur noch 18 000 Wohnungen in Niedersachsen nötig sein. Der niedersächsische Sozialminister, Kurt Partzsch (SPD) hierzu:

- \* "Zwischen der Statistik und dem realen Bedarf klafft eine erhebliche Lücke. Das erfahren wir auch tagtäglich aus Unterhaltungen
- \* mit Vertretern der Kreise und Gemeinden und aus den vielen Eingaben, die die Landesregierung in Hannover erhält. Sie lassen
- \* noch immer bestehende Notstände deutlich werden."

#### Sozialer Wohnungsbau muß weitergehen

Erstes Gebot für einen freien Wohnungsmarkt muß das ausreichende Angebot sein. Dort, wo heute Wohnungen leerstehen, hütet sich mancher Hauswirt davor, Härtefälle wie jenes Beispiel aus Essen zu praktizieren. Überall dort auch, wo Wohnungsbaugenossenschaften oder -gesellschaften mit dem anerkannten Status des "sozialen Wohnungsbauunternehmens" praktisch zur Beibehaltung tragbarer (und auch der gerechten Finanzierung eines Neubauprojekts entsprechender) Mieten gehalten sind, ist das für die anderen Hauswirte eine Richtschnur. Solchen Wohnungsbauträgern auch in Zukunft alle Unterstützung zu leisten, dient dem freien Wohnungsmarkt. Die Summe dieser Betrachtung ist fraglos ein Plädoyer für die Fortdauer des sozialen Wohnungsbaues oder eine Ablösung durch echte Unternehmensmieten, deren Kalkulation unmißverständlich offengelegt wird.